



Im Frühjahr 2007 war die Diskussion um die Schweinemast erstmals aufgeflammt – sie ist noch nicht zu Ende.

# Erneut Ärger um Schweine

**MASTBETRIEB** Der Woffenbacher Metzger kehrt zum Entsetzen der Stadt zu seinen ursprünglichen Plänen zurück – der Bausenat vertagt das Thema.

VON KATRIN SIGL

**NEUMARKT.** Alles schien in trockenen Tüchern – nun ist wieder alles offen: Der Woffenbacher Metzger Richard Iberl hält an seinem ursprünglichen Standort für den geplanten Schweinemastbetrieb in Woffenbach fest. Dabei hatte es den Sommer über so ausgesehen, als wäre er mit einem Kompromiss, den OB Thomas Thumann in langwierigen Gesprächen vermittelt hatte, einverstanden gewesen, sagte Thumann am Montagabend im Bausenat. Dieser vertagte das Thema nach mehr als einstündiger Diskussion bis zur nächsten Sitzung.

Der Kompromiss hätte vorgesehen, den Betrieb weitaus westlicher, direkt am Waldrand, anzusiedeln, mehr als 800 Meter von der Wohnbebauung entfernt. Von Mai bis Juni habe er nichts von dem Antragsteller gehört, was diesem Vorschlag entgegengelaufen wäre, sagte Thumann, „dann hat plötzlich die Stimmung umgeschlagen“. Iberl sei zu seinen ursprünglichen Plänen zurückgekehrt und lasse über seinen Rechtsanwalt Druck machen. „Ich bin enttäuscht, weil wir zwei Jahre gemeinsam an der Standortsuche gearbeitet haben“, sagte Thumann und schlug dem Senat vor, dem Antragsteller die Genehmigung zu verweigern und ihm mitzuteilen, er solle am Kompromiss-Stand-

ort weiterarbeiten. Offen ließ der OB, wie und warum es zu dem Sinneswandel gekommen war.

SPD-Stadträtin Ursula Plankermann sah dies in einem „Versagen der Stadt“ begründet – die Stadt habe dem Metzger nicht genug Unterstützung angeboten, zum Beispiel, indem sie zusätzliche Kosten für die Verlagerung des Standorts übernehme. „Gespräche sind schön und gut, aber wenn wir einem Bürger das Baurecht abkaufen, dann müssen wir auch was dafür zahlen.“ Dass sich Stadt und Stadträte durch eine solche Handlung strafbar machen würden und dies dem Metzger so vermittelt worden sei, halte sie für falsch. „Es hat schon immer Schleichwege gegeben und Dinge, die rechtlich nicht ganz koscher waren.“ Für sie rieche das „nach einem Einschüchterungsversuch“.

Von Schleichwegen wollte Helmut Lahner (CSU) zwar nicht sprechen, jedoch führte auch er an, „dass es sicher Möglichkeiten gibt, Probleme, sagen wir, im Sinne der Bürger zu lösen“. Dies habe früher auch funktioniert. Er bot OB Thumann, der ihn fragte, was er tun solle, an, sich „gerne mal“ mit ihm zusammzusetzen. Lahner: „Das hat nichts mit Mäuscheln zu

tun, sondern mit Geben und Nehmen“. Wie Plankermann und CSU-Stadtrat Werner Thumann gab auch Johann Georg Gloßner (Flitz) zu bedenken, dass der Metzger im Recht sei. „Wenn wir ihm die Genehmigung verweigern, gewinnt er den Schadenersatzprozess auch gleich mit.“ Er empfehle Kritikern, sich die zwei bestehenden Anlagen in der Wiesenstraße anzusehen – diese hätten miteinander die gleiche Größe wie der geplante Betrieb. „Wenn das funktioniert, geht das andere auch.“ Das Gesuch des Metzgers abzulehnen, sei „eine rechtswidrige Entscheidung“.

Dem pflichtete der Rechtsdirektor der Stadt, Jürgen Kohler, bei. „Wenn Sie die Genehmigung versagen, kann das für Sie zu Schwierigkeiten führen“, erklärte er den Stadträten. Er werde die Ablehnung ohne schriftliche Weisung nicht unterzeichnen, „weil ich das für rechtswidrig halte“.

Dem Antrag von Helmut Lahner, den Antrag befristet bis zur nächsten Sitzung zu vertagen, folgte der Senat einstimmig – und nahm damit in Kauf, dass der Rechtsanwalt des Metzgers in den Angriff übergeht. „Klagen kann jeder, ob er durchkommt, ist die andere Frage“, so der OB.

## DIE CHRONIK DES STREITS

➤ **März 2007:** Der Bauantrag geht ein.

➤ **Juli 2007:** Metzger Richard Iberl zieht seinen Antrag nach einem runden Tisch zurück.

➤ **Oktober 2007:** Iberl geht an die Öffentlichkeit: Er kann die Befürchtungen nicht nachvollzie-

hen – unter anderem hatte die PE-Kunststofffabrik erklärt, sie müsse dann wegen vermehrter Fliegen schließen. Kurz darauf prallen bei einer Demonstration die Meinungen heftig aufeinander. Eine Bürgerinitiative gründet sich und übergibt OB Thomas Thu-

mann 3000 Unterschriften gegen den Betrieb. Daraufhin reicht Iberl seinen Antrag erneut ein.

➤ **April 2008:** Ein von der Stadt eingeschalteter Gutachter erklärt der Stadt, das Vorhaben sei genehmigungsfähig. Es folgen Gespräche zwischen Stadt und Iberl.